Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 68. Donnerstag den 8. März 1888. 82. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 7. Stück des diesjährigen **Reichsgesetzblattes** ist bei uns eingegangen und wird bis zum **30. März d. J.** auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1770. Gesetz, betreffend die Einführung der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen. Vom 27. Februar 1888.

Nr. 1771. Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften. Vom 28. Februar 1888.

Leipzig, den 5. März 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Krambiegel.

Bekanntmachung.

Für den Termin Ostern dieses Jahres sind vier Ausstattungsstipendien im Betrage von 77 ℳ 8 ₰, 67 ℳ 45 ₰, und zwei Mal 40 ℳ 47 ₰ an hiesige unbescholtene, arme Bürgerstöchter, deren Verheirathung in die Zeit von Ostern vorigen Jahres bis Ostern dieses Jahres fällt, von uns zu vergeben, und sind schriftliche Gesuche um diese Stipendien unter Beifügung der Ehelichtraungsbescheinigung, eines von zwei hiesigen Bürgern bei deren Bürgerpflicht ausgestellten Zeugnisses über die Unbescholtenheit und Bedürftigkeit der Bewerberin, sowie was das eine, nur an ehelich Geborene zu vergebende Wiederkehrer'sche Stipendium von 40 ℳ 47 ₰ anlangt, einer Geburtsbescheinigung, bis zum **7. April d. J.** auf dem Rathhause, I. Obergeschoß, Zimmer Nr. 15, einzureichen.

Leipzig, den 1. März 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Krambiegel.

Bekanntmachung.

Für den Neubau eines Feuerwehr-Depots an der Schenkendorfstraße sollen

1. die Erd- und Maurerarbeiten,
2. die Lieferung der Gußtheile und walzeisernen Träger,
3. die Zimmerarbeiten und
4. die Klempnerarbeiten

in öffentlicher Submission vergeben werden.

Die Unterlagen sind auf unserem Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, gegen Zahlung von 1 ℳ für die unter 1 und 3 und gegen Zahlung von 0,60 ℳ für die unter 2 und 4 genannten Arbeiten und Lieferungen zu entnehmen und **bis zum 22. März cr. Abends 5 Uhr** ebendaselbst versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen wieder abzugeben.

Die Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung sämmtlicher Gebote behalten wir uns vor.

Leipzig, den 6. März 1888.

Des Raths Baudeputation.

Ausschreibung.

Für den **Schlachthofbau** hierselbst werden die **Schlosserarbeiten** für den Centumgstall, das Kühlhaus (dabei u. A. 2500 qm Zellenwände aus Eisenconstruction mit Drahtgeflecht), den Lagerschuppen, den Pferdeschlachtstall und das Düngerhaus hierdurch öffentlich ausgeschrieben.

Die Unterlagen sind im Schlachthofbaubureau gegen Zahlung von 1 ℳ 50 ₰ zu entnehmen. Ebendaselbst sind Zeichnungen einzusehen und wird nähere Auskunft ertheilt.

Die Angebote sind nach den bei den Unterlagen befindlichen Vorschriften zu behandeln und bis zum **16. März d. J. Vormittags 11 Uhr** bei der Nuntiatur des Rathhauses abzugeben.

Wir behalten uns die Auswahl unter den Bewerbern, die Theilung der Arbeiten, sowie die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 1. März 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia 1421. Dr. Trändlin. J. Moritz, Architekt.

Städtische Sparcasse

beleiht Werthpapiere unter **günstigen** Bedingungen.

Leipzig, den 14. Januar 1888.

Die Sparcassen-Deputation.

Erledigt

hat sich unsere Bekanntmachung vom 23. Januar laufenden Jahres, den Schriftsetzer

Paul Emil August **Mittmann**

betreffend, durch Ermittelung von dessen Aufenthalt.

Leipzig, am 29. Februar 1888.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. V 446. Ludwig-Wolf. Wenkt.

Das für Hilse Marie Katharina Müller aus Königsbrück vom dortigen Stadtrath am 22. September 1881 sub Nr. 14 ausgestellte Dienstbuch ist abhanden gekommen und wird hiermit behufs Verhütung von Mißbrauch für ungültig erklärt.

Leipzig, am 3. März 1888.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
II. 1507. Breitschneider. Foditz.

Nichtamtlicher Theil.

Ein Erfolg Rußlands.

Die Türkei hat dem Druck nachgegeben, welcher von Rußland in Berlin mit Deutschland und Frankreich auf sie ausgeübt worden ist, und sie hat demgemäß an die bulgarische Regierung die Erklärung gerichtet, daß die Anwesenheit des Prinzen von Coburg an der Spitze der Regierung ungesetzlich sei. Die Wirkung dieses Schrittes bleibt abzuwarten, es ist jedoch jetzt wahrscheinlich, daß die bulgarische Regierung sich dadurch nicht bewogen fühlen wird, ihre Sache von der des Prinzen von Coburg zu trennen. Die Mitglieder des Cabinets waren seit längerer Zeit auf die Möglichkeit einer solchen Erklärung der Türkei vorbereitet, sie hatten aber dem Vernehmen nach beschlossen, sie einfach abzulehnen, weil sie es mit den Interessen des Landes nicht vereinbar erachten könnten, dasselbe den Gefahren und Zufällen preiszugeben, welche der fürstenlose Zustand zur Folge haben müßte. Immerhin ist die Erklärung der Pforte ein Erfolg der russischen Politik, welchen man noch vor kurzer Zeit nicht für wahrscheinlich erachtet hat. Die Türkei hat dadurch einen Grad von Entschlußfähigkeit an den Tag gelegt, den man ihr kaum zugetraut hätte. Aber dabei wird es voraussichtlich sein Bewenden haben, es sei denn, daß Rußland mit Vorschlägen hervortritt, die von Oesterreich, England und Italien für annehmbar befunden werden. Wie dem „Hamburgischen Correspondent" aus Rom gemeldet wird, hätte Rußland bereits diesbezügliche Eröffnungen gemacht.

Ganz gleichgiltig wird die bulgarische Regierung die Erklärung der Pforte nicht hingenommen haben, denn es ist klar, daß dadurch die mit Mühe zur Ruhe gebrachte Agitation der russischen Partei wieder Kraft gewinnen muß, es sind sogar dunkle Gerüchte im Umlauf, welche von der Verhaftung zahlreicher Officiere in Ostrumelien melden, weil sie die Absicht gehabt hätten, die Republik auszurufen. Undenkbar wäre es nicht, daß solche Regungen sich geltend machten, denn die fortwährende Beunruhigung, welche die russische Politik in Bulgarien erzeugt hat, könnte leicht zu der Frage geführt haben, ob es nicht besser sei, die Schwierigkeiten, welche die Wahl eines Rußland genehmen Fürsten verursacht, einfach durch Abschaffung der monarchischen Staatsform zu beseitigen. Freilich sind die Erfahrungen, welche Bulgarien unter der Regentschaft gemacht hat, nicht geeignet, diese Zustände zu erneuern; trotz aller Umsicht und Geschicklichkeit, welche die Regenten bei Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe gezeigt haben, ist doch die Thatsache nicht in Abrede zu stellen, daß die Regierung Bulgariens unmittelbar vor der Fürstenwahl in der Auflösung begriffen war und daß die Anarchie nur durch die Ankunft des Prinzen Ferdinand in Bulgarien verhindert worden ist.

Das ist der Punct, auf welchen sich die Einwendungen Oesterreichs, Englands und Italiens gegen die Ungesetzlichkeitserklärung der Anwesenheit des Prinzen Ferdinand an der Spitze der bulgarischen Regierung stützen. Diese drei Mächte haben geltend gemacht, daß die Schwierigkeiten und Gefahren für Ruhe und Ordnung in Bulgarien, welche Rußland vermeiden wolle, erst nach Beseitigung des Prinzen Ferdinand ihren Anfang nehmen würden. Man weiß ganz genau, worauf Rußland hinaus will, es beabsichtigt, in den neuen Zustand durch eine gemischte Commission überzuleiten, welche selbstverständlich nur die Geschäfte Rußlands zu besorgen hätte. Die Denkschrift vom 23. Februar giebt nicht die geringste Andeutung über Das, was nach Beseitigung des Prinzen geschehen soll; sie spricht nur die Erwartung aus, daß die Repräsentanten des bulgarischen Volkes eine Erklärung abgeben werden, auf Grund deren die Wiederherstellung der auf gegenseitigen Vertrauen begründeten Beziehungen zwischen Rußland und Bulgarien geschehen können, dann werde sich die Einsetzung des Fürsten unter den im Berliner Vertrag stipulirten Bedingungen leicht vollziehen. Mit diesen Redensarten läßt sich gar nichts anfangen, und deshalb darf man auf Das gespannt sein, was Rußland den drei diffentirenden Mächten für den Fall der Adresse des Prinzen Ferdinand aus Bulgarien als die Grundlage des neuen Zustandes in Bulgarien mitgetheilt hat oder mittheilen wird.

Vorläufig ist nichts weiter geschehen, als daß ein verhältnißmäßig befriedigender Zustand in Bulgarien wieder in Frage gestellt ist. Drei Großmächte wünschen die Entfernung des Prinzen und haben das der bulgarischen Regierung durch die Pforte ankündigen lassen, die drei anderen Mächte wollen die Entwickelung der Dinge in Bulgarien sich selbst überlassen, wenn nicht Rußland dafür Bürgschaft zu leisten vermag, daß der neue Zustand besser oder doch nicht schlechter sein werde als der bisherige, und daß er unter Beachtung der vom Berliner Vertrage vorgesehenen Bedingungen sich vollziehen werde. Ein Hauptmoment für die Beurtheilung des gegenwärtigen Zustandes ist die Persönlichkeit des Prinzen. Es ist viel über ihn geschrieben und gedruckt worden, aber man kann nicht sagen, daß dadurch Klarheit über seine Charaktereigenschaften oder über seine Fähigkeit oder Unfähigkeit zur Ausfüllung seines schwierigen Postens verbreitet worden wäre. Man hat ihn als ein verzogenes Muttersöhnchen darzustellen versucht, welches dem mütterlichen Einflusse noch nicht entwachsen sei und ihres Rathes und ihrer Autorität bedurft habe, um seine schwankende Stellung zu befestigen. Man hat die Beweggründe verdächtigt, welche ihn zur Annahme der Wahl bewogen haben, und die Sache so dargestellt, als ob er das bulgarische Volk über seine Absicht getäuscht und sich gegen die Personen undankbar benommen hätte, welche seine Wahl und Thronbesteigung betrieben haben. Für alle diese Behauptungen und Verdächtigungen ist bisher kein Beweis erbracht worden, dagegen steht die Thatsache fest, daß Fürst, Regierung und Volksvertretung in Bulgarien bisher allen Schwierigkeiten und Wechselfällen der Lage gegenüber zusammengehalten haben und in ihrem Widerstande gegen die russischen Beglückungsversuche beharren. Das giebt den Ausschlag und ist entscheidend für die weitere Entwickelung der bulgarischen Verhältnisse.

Rußland hat jetzt den Beweis zu führen, daß seine Abneigung gegen die Bestätigung des Prinzen Ferdinand sachlichen Beweggründen von Belang entspringt, daß ihm Mittel und Wege zu Gebote stehen, um die Zukunft Bulgariens besser zu verbürgen, als durch den Prinzen Ferdinand geschehen könnte. Aber diesen Beweis wird Rußland sicher schuldig bleiben, weil die Ereignisse seit dem 18. September 1885 eine hinreichend deutliche Sprache reden. Rußland hat keinen stichhaltigen Grund gegen die Vereinigung Nord- und Südbulgariens vorzubringen vermocht, es hat gegen diese Verwirklichung des Präliminarfriedens von San Stefano nichts Anderes einwenden können, als daß sie ohne seine Veranlassung und Mitwirkung geschehen ist, obwohl sich Bulgarien die größte Mühe gegeben hat, Rußland zum Nutznießer der geschehenen Vereinigung zu machen. Wenn Rußland es sich zum Ziel gesetzt hätte, sich Bulgarien zu entfremden und auf eigene Füße zu stellen, so hätte es nicht anders handeln können, als es gethan. Im Kriege mit Serbien hat das bis dahin von Rußland abhängige scheue und unselbstständige Bulgarien seine Kräfte erkannt und gebrauchen gelernt, und daraus hat sich eine Solidarität zwischen Volk und Fürst ergeben, welche alle Zukunftspläne Rußlands zu Schanden macht. Es kam der Staatsstreich des 21. August 1886, der die Abdankung des Fürsten Alexander zur Folge hatte, und man glaubte Rußland das Spiel gewonnen zu haben. Aber der Battenberger war beseitigt, jedoch die „Battenbergia" war geblieben, wie die „Moskauer Zeitung" sich ausdrückt. Und dieses Battenbergerthum, das heißt der Trieb Bulgariens nach selbstständiger Entwickelung, ist geblieben und gewachsen, und mit diesem Triebe hat Rußland heute zu rechnen, da es auf dem Puncte steht, den verlorenen Einfluß in Bulgarien wieder zu erkämpfen. Der europäische Friede ist ein zu werthvolles Gut, als daß seine Erhaltung mit den Interessen des bulgarischen Volkes identificirt werden könnte, aber wenn Bulgarien schließlich das Opfer russischer Herrschsucht werden sollte, so könnte das der Menschenfreund nur tief beklagen.

*

Leipzig, 8. März 1888.

* Der **Bundesrath** ertheilte in der am 5. d. M. unter dem Vorsitz des Staatsministers Staatssecretairs des Innern v. Boetticher abgehaltenen **Plenarsitzung** nachstehenden Gesetzentwürfen die Zustimmung: wegen Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1888 bis 1889, über den Reingewinn aus kriegsgeschichtlichen Werken des Großen Generalstabes, betreffend die Ausführung der zu Bern am 9. September 1886 abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst und über die Auslegung des Artikels II des Gesetzes wegen Einführung des Reichsstrafgesetzbuches in Elsaß-Lothringen. Außerdem wurden Ersatzwahlen für die erledigte Präsidenten- und für eine Mitgliedstelle bei der Disciplinarkammer für elsaß-lothringische Beamte und Lehrer zu Colmar vorgenommen.

* Der **deutschen Bitu-Gesellschaft** sind auf Grund ihres Statuts vom 17. December 1887 durch königliche Ordre vom 20. Februar 1888 die Rechte einer juristischen Person verliehen worden.

* Der **Großherzog von Baden** spricht in einem zur Veröffentlichung bestimmten Schreiben an den Staatsminister Dr. Turban in sehr herzlichen Worten seinen und der Großherzogin Dank aus für die allseitigen Beweise der Theilnahme anläßlich des Todes des Prinzen Ludwig.

* * *

* Wie die „Vossische Zeitung" aus **Wien** meldet, sind dort sämmtliche cisleithanischen Bischöfe versammelt, um Schritte zur Unterstützung des **Liechtenstein'schen Schulantrages** zu berathen. Wie verlautet, beabsichtigen sie, eine Deputation an den Kaiser zu entsenden und eine Eingabe an das Ministerium zu richten. Auch vom Vatican aus werden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die maßgebenden Kreise für die confessionelle Schule günstig zu stimmen. Der Liechtenstein'sche Antrag gelangt nun bestimmt vor den Osterferien zur ersten Lesung im Abgeordnetenhause, nachdem es gelungen ist, alle Gruppen der Rechten bis auf eine geringe Anzahl unverbesserlicher Opponenten dafür zu gewinnen, den Antrag an den Schulausschuß zu verweisen. Wenn sich bis zur entscheidenden Stunde die Meinungen nicht noch ändern, so ist dem Fürsten Liechtenstein der erste Erfolg sicher, dabei aber wird es in dieser Session sein Bewenden haben, da noch gar nicht abzusehen ist, wann der Reichsrath mit den dringenderen Arbeiten fertig werden wird. Das „Fremdenblatt" berichtet sogar, daß man sich in Abgeordnetenkreisen schon mit dem Gedanken vertraut macht, daß die Session diesmal bis in den Juni hinein dauern wird. Nach den Osterferien kommt zunächst das Budget zur Berathung, und für das Spiritussteuergesetz wird wohl erst nach den Delegationen, die in der zweiten Hälfte des Mai zusammentreten, Zeit gewonnen werden.

* Aus **Rom** verlautet, daß der **österreichische** Cultusminister **Gautsch** an die österreichischen **Bischöfe** eine vertrauliche Aufforderung hat ergehen lassen dahingehend, künftig jede Agitation zu Gunsten der Herstellung der weltlichen Herrschaft des **Papstes** zu unterlassen.

* Zu der neuen Wendung in der **bulgarischen Frage** geht der „Nationalzeitung" aus **Wien** folgende Meldung zu:

Wien, 6. März. Wie die „Correspondance de l'Est" aus Konstantinopel von unterrichteter Seite erfährt, erhielt Herr von Nelidow Donnerstag, den 23. v. Mts., eingehende und sehr ausführliche Instructionen aus Berlin, Bulgarien betreffend. Noch am selben Abend machte Herr v. Nelidow hiervon dem Grafen Montebello und Herrn v. Nelidow Mittheilung. Zugleich ersuchten der deutsche und der russische Botschafter den Grafen Montebello, sie am nächstfolgenden Tage im französischen Botschaftspalais zu einer Besprechung zu empfangen. Freitag, den 24., kamen die drei Diplomaten zusammen und setzten sich wegen der am nächstfolgenden Tage zu unternehmenden Demarche ins Einvernehmen. Hierauf telegraphirte Herr v. Nelidow nach Petersburg, daß er auf die aufrichtige Unterstützung seines deutschen und französischen Collegen zählen könne, daß aber Baron Blanc, wiewohl er im Princip zustimme, noch keine definitiven Instructionen erhalten habe. Giers antwortete hierauf seinem Botschafter, daß er am nächsten Tage die Demarche bei der Pforte machen solle, was auch geschah. Nachdem Baron Blanc am 24. um 5 Uhr Abends längere Unterredung mit dem Grafen Montebello und sodann mit Herrn v. Nelidow hatte, erklärte er beiden Botschaftern, daß die italienische Regierung sich in Verlegenheit befinden würde, wenn sie gegen Prinz Ferdinand eine feindseligen Haltung einnehmen sollte, da sie dessen Wahl als auf gesetzlichem Wege zu Stande gekommen betrachte, wenngleich sie dessen Position in Sofia als incorrect und illegal bezeichnen müsse. Baron Blanc fügte noch hinzu, daß er im Laufe der Nacht Instructionen zu erhalten hoffe, in welchem Falle er sich gleichfalls auf die Pforte begeben würde, um sich dem Schritte Rußlands anzuschließen. Doch blieben diese erwarteten Weisungen aus.

* Die vom **schweizerischen Bundesrath** genehmigte Liste der Verhandlungsgegenstände für die am nächsten Montag zusammentretende Bundesversammlung weist bis jetzt dreißig Nummern auf. Davon sind die wichtigsten die Botschaften über die Gesetze, betreffend Schutz der Fabrik- und Handelsmarken, Erfindungspatente, Auswanderungsagenturen, Schuldbetreibung und Concurs, politische Rechte der Schweizer Bürger, civilrechtliche Verhältnisse der sich in der Schweiz Aufhaltenden und Dienstzeit der Officiere und über die Uebereinkunft mit Frankreich, betreffend Durchführung der Schulpflicht in den schweizerisch-französischen Grenzortschaften, sowie über den Auslieferungsvertrag mit Serbien. Von Anträgen sind zu erwähnen die des Nationalrathes Keller auf Gründung einer Bundesbank mit alleinigem Recht der Notenausgabe und die der Nationalräthe Decurtins und Favon auf Anstrebung einer internationalen Arbeitergesetzgebung.

* Wie ein **Brüsseler** Blatt meldet, verlangt die **belgische** Regierung die folgenden Bewilligungen für die **Landesvertheidigung**: 1) für Beschaffung von 10 Feldbatterien 1 650 000 Frcs.; es sollen dann noch weitere 10 Batterien zur Vervollständigung der Feldartillerie beschafft werden; 2) für die Versuche zur Herstellung von Festungsgeschützen in der königlichen Geschützgießerei zu Lüttich aus inländischen Stahlblöcken, 3 000 000 Frcs.; 3) 2 Millionen für verschiedene bereits eingeleitete Arbeiten, Herstellung von Geschossen, Lafetten, Plattformen, Versuche mit neuen Pulversorten u. s. w.; ferner Vergrößerung des Schießplatzes zu Brasschaet. Die Militairbehörde will an der Straße nach Breda ein größeres Stück Land erwerben, um Schießversuche auf 9,5 km Entfernung zu ermöglichen. Der neue Schießplatz wird mit der Eisenbahn verbunden. Die Regierung stellt keine besonderen Forderungen für die Festungswerke an der Maas; die bereits bewilligten 8 Millionen sind zum größten Theil noch unberührt, weil bisher nur die Vorarbeiten vorgenommen werden konnten.

* Das zweideutige Verhalten des **Generals Boulanger** aus Anlaß der jüngsten Ersatzwahlen für die **französische** Deputirtenkammer hat die Opportunisten in große Unruhe versetzt. Der „Figaro", welcher seine Mittheilung aufrecht erhält, daß der ehemalige Kriegsminister in jüngster Zeit in Paris gewesen sei, und daß die Untersuchung im Kriegsministerium fortgesetzt werde, kündigt zugleich an, daß die Agitation für die Wahl Boulanger's bei Gelegenheit auf das ganze Land ausgedehnt werden solle. So sollte die Candidatur des Generals zunächst im Departement Bouches-du-Rhone aufgestellt werden, welches am 11. März d. J. eine Ersatzwahl stattfindet. In Zusammenhang hiermit gehen der „Nationalzeitung" von ihrem Pariser Correspondenten nachstehende Mittheilungen zu:

* **Paris**, 5. März. Der heute Abend veröffentlichte Brief des **Generals Boulanger** an den Kriegsminister ist dem Ersteren unter der Drohung, eventuell zur Disposition gestellt zu werden, abgedrängt worden. General Boulanger ersucht nun seine Freunde, bei den nächsten Ersatzwahlen nicht wieder für ihn zu stimmen. Dieser Brief wird jedoch die weitere Agitation der Boulangisten nicht verhindern. Enthüllungen des opportunistischen Organs „L'Indépendant Rémois" in Bezug auf die Haltung des Generals Boulanger während der letzten Präsidentschaftskrisis werden von den radicalen Organen als Erfindung bezeichnet, während andererseits versichert wird, daß der General jetzt noch mit den revolutionären Comités die innigsten Beziehungen unterhält. Jedenfalls machen die Opportunisten aus der Verschwörung Boulanger's eine ernste Sache, da der ehemalige Minister Spuller heute in der „République Française" einen förmlichen Alarmruf veröffentlicht. Ueber die Quellen, aus denen die Anhänger des Generals ihre Geldmittel für die Agitation schöpfen, insbesondere in Bezug auf die Fonds, mit denen die angekündigten beiden Journale begründet werden, sind die verschiedensten Gerüchte verbreitet. Sicher erscheint aus, daß sich eine Art Syndicat oder Consortium gebildet hat, um eine Dictatur des Generals Boulanger herbeizuführen.

* Der französische Minister des Auswärtigen, **Flourens**, hat sich wirklich vom Pferde auf den Esel gesetzt. Er ist seit seiner Bewerbung um einen parlamentarischen Sitz in den Hochalpen wie ausgetauscht und giebt jetzt in einem Schreiben an seine Wahlmänner sich Blößen, wie es ein Anfänger in der Staatsklugheit kaum ärger thun könnte. Das Schreiben lautet:

Wähler der Hochalpen, ich danke euch. Ihr habt mich bezeichnet, um euch vor dem Lande zu vertreten. Euer Vertrauen ist für mich eine werthvolle Unterstützung und eine Ehre. Die mir von eurer Wahl auferlegte Pflicht werde ich so erfüllen, wie ich euch bereits sagte; seid sicher, daß ich nicht schwach werde. Ich werde mich zuerst in directe Verbindung mit euch setzen, euch allen den Ausdruck meiner Dankbarkeit darbringen, euch von euren Interessen und Bedürfnissen sprechen. Die Sorgen der allgemeinen Politik werden mich nicht verhindern, daß ich euch unzweideutige Beweise der Aufopferung geben werde, die mich mit euch verbindet. Euer Departement ist in der ersten Reihe derer, welche die Fürsorge der Staatsgewalt auf sich ziehen muß. Wähler der Hochalpen! Indem ihr mir eure Stimme gebt, habt ihr mich zu dem Curigen gemacht. Zählt auf mich! Flourens.

* In dem **englischen Flottenbudget** werden nach der „Vossischen Zeitung" für das neue Finanzjahr für die Bedürfnisse der Flotte 13 682 000 Lstrl. gefordert, das ist 905 581 Lstrl. weniger als im laufenden Jahre. Dennoch sind nahezu drei Millionen für den Bau von 31 neuen Schiffen ausgeworfen worden. Auch das **Heeresbudget** auf das Finanzjahr 1888 zu 1889 bleibt, wie bereits gemeldet wird, um eine beträchtliche Summe hinter dem gegenwärtigen zurück. Mit diesen Ersparnissen ist man jedoch, namentlich in militairischen Kreisen, durchaus nicht einverstanden. Die Besorgnisse, daß sich eintretenden Falles die Vertheidigungsmittel des Landes nicht als zureichend erweisen könnten, gelangten jetzt auch im Unterhause zum Ausdruck. Bei der Erörterung des Antrages, zur Einzelberathung des Kriegsbudgets überzugehen, stellte der conservative Abgeordnete Bartelot den Antrag auf Ernennung einer Commission zur Untersuchung der Mittel zur Vertheidigung des Landes. Der Finanzsecretair im Departement des Kriges, Brodrick, bekämpfte den Antrag, weil derselbe die Schwächen Englands vor der ganzen Welt bloßlegen würde. Der erste Lord des Schatzes, Smith, erklärte, die Regierung sei bereit, einer Untersuchung darüber zuzustimmen, in wie weit die Organisation des Heeres und der Flotte den nationalen Bedürfnissen entspreche, den Antrag Bartelot's könne sie aber nicht annehmen. Die weitere Berathung des Bartelot'schen Antrages wurde schließlich auf Donnerstag vertagt.

* **Suakim** und **Massauah**, die beiden in europäischer Hand befindlichen **afrikanischen** Küstenplätze des **Rothen Meeres**, sind, als in hohem Grade exponirte Vorposten der Civilisation, ständig von feindlichen Unternehmungen bedroht. In Suakim müssen die **Engländer** gegen einen Handstreich seitens der aufständigen Araber, in Massauah die **Italiener** gegen den ungleich gefährlicheren Ansturm der Kriegsmacht des Negus von Abessinien auf der Hut sein. Wie unsicher die Lage ist, geht aus dem telegraphisch signalisirten Ueberfall hervor, den eine starke Abtheilung aufrührerischer Derwische am Sonnabend gegen Suakim in Scene setzte und den abzuwehren, nicht nur die von englischen Officieren befehligte egyptische Garnison, sondern auch die im Hafen liegenden englischen Kanonenboote, herangezogen werden mußten. Die für Kriegsunternehmungen europäischer Truppen so sehr ungünstige heiße Jahreszeit steht unmittelbar vor der Thür und in demselben Maße, wie sie der Fortschrittlichkeit des Europäers Eintrag thut, wirkt sie auf den Unternehmungsgeist der eingeborenen Völker belebend ein. Gleich dem Gefecht von Suakim, legen die aus Massauah angelangten Nachrichten die Möglichkeit nahe, daß auch von dort binnen Kurzem interessante militairische Ereignisse zu vermelden sein dürften. Es sind starke abessinische Heerhaufen unweit der italienischen Stellungen aufgetaucht, und die Dispositionen des Negus lassen sich ganz so an, als wäre seinerseits ehestdaldigst ein offensives Vorgehen zu erwarten. General di San Marzano hat in Voraussicht dieser Eventualität seine Vorkehrungen seit geraumer Zeit getroffen und insbesondere für ausreichende Deckung seiner Communicationen zwischen den Binnenpesten und Massauah selbst Sorge getragen. Zwar gefallen sich französische Blätter darin, den Stand